

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE STERBEKASSE

Lebensversicherung Aktiengesellschaft

Lindenallee 74 · 45127 Essen · Telefon (0201) 247 99 – 0

RWSt

Ein Unternehmen der AXA Gruppe

B e r i c h t

ü b e r d a s

G e s c h ä f t s j a h r

2 0 1 1

Geschäftsbericht 2011

12. Geschäftsjahr

Vorgelegt der
ordentlichen
Hauptversammlung
am 25. April 2012

Rheinisch-

Westfälische

Sterbekasse

Lebensversicherung

Aktiengesellschaft

Geschäftsstelle:

Lindenallee 74

45127 Essen

Telefon: (0201) 247 99-0

Telefax: (0201) 247 9999

Im Jahr 2001 hat die
Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung AG
das gesamte Vermögen und den Geschäftsbetrieb des
Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit
Rheinisch-Westfälische Sterbekasse VVaG
übernommen.

Sie steht damit in der Tradition des 1888 ursprünglich für die
Beamten der Stadt Essen gegründeten Versicherungsvereins
auf Gegenseitigkeit, einer der ältesten Selbsthilfeeinrichtungen.

Inhalt

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011	6
Ergebnisabführung und Gewinnverwendungsvorschlag	21
Bilanz zum 31. Dezember 2011	22
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011	24
Anhang	25
Allgemeines	25
Erläuterungen zur Bilanz	28
Entwicklung der Aktivposten A, B I bis II im Geschäftsjahr 2011	28
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	36
Überschussbeteiligung	39
Sonstige Angaben	40
Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder	41
Persönliche Aufwendungen und Personalbestand	42
Konzernvermerk	43
Anlage zum Lagebericht	44
Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2011	44
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	45
Bericht des Aufsichtsrats	46

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2011 trotz der europäischen Schuldenkrise erneut kräftig gewachsen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 3,0 % höher als im Vorjahr. Damit setzte sich die Erholung der deutschen Wirtschaft auch im zweiten Jahr nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise fort. Im Jahr 2009 hatte die deutsche Wirtschaft die stärkste Rezession der Nachkriegszeit mit einem historischen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,1 % erlebt, sich aber schon im Jahr darauf mit einem Anstieg um 3,7 % schneller als erwartet erholt.

Dabei war es vor allem die Kauffreude der Verbraucher, die das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr stützte. Die privaten Konsumausgaben legten nach den vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes preisbereinigt um 1,5 % zu – so stark wie zuletzt vor fünf Jahren.

Innerhalb des Wirtschaftsjahres verlief die Entwicklung allerdings nicht kontinuierlich. Der wirtschaftliche Aufschwung fand hauptsächlich in der ersten Jahreshälfte statt. Zum Jahresende erfasste der weltweite Konjunkturabschwung auch die deutsche Wirtschaft mit der Folge, dass das Bruttoinlandsprodukt im letzten Quartal 2011 um etwa 0,25 % zurückging.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten wurde zum einen von zahlreichen Naturkatastrophen wie dem verheerenden Erdbeben in Japan und den Überschwemmungen in Thailand, zum anderen aber insbesondere von der Zuspitzung der Staatsschulden- und Eurokrise beeinflusst. Die zunächst auf Griechenland begrenzte Schuldenkrise weitete sich auf weitere Staaten wie Irland, Italien, Portugal und Spanien aus. Die daraus resultierende Unsicherheit griff erst auf die Finanzmärkte und zum Jahresende schließlich auf die Realwirtschaft über.

Auf den Arbeitsmarkt hatte der in der zweiten Jahreshälfte einsetzende Konjunkturrückgang noch keine Auswirkungen. Im Jahresdurchschnitt 2011 waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 2,98 Millionen Personen arbeitslos gemeldet, 263.000 weniger als ein Jahr zuvor. Das ist der tiefste Stand seit 20 Jahren. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 7,1 % und nahm im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte ab. Hauptgründe für den Rückgang waren zum einen die bessere Wirtschaftslage und die höhere Nachfrage nach Arbeitskräften. So ist laut Statistischem Bundesamt die Zahl der Erwerbstätigen um 0,5 Millionen auf 41,6 Millionen gestiegen.

Das gesamte Volkseinkommen erhöhte sich im Jahr 2011 um 3,5 % auf 1.964 Mrd. Euro. Davon entfielen 1.320 Mrd. Euro auf Arbeitnehmerentgelte. Diese stiegen gegenüber 2010 um 4,5 % und damit so stark wie seit 1992 nicht mehr. Demgegenüber nahmen die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nur geringfügig um 1,5 % auf 644 Mrd. Euro zu. Sie hatten im Vorjahr mit + 10,5 % noch einen zweistelligen Zuwachs verzeichnet.

Die Sparquote der privaten Haushalte war 2011 nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit 10,9 % niedriger als in den vergangenen vier Jahren. 2010 hatte sie noch 11,3 % betragen.

Die Preise sind im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Im Jahresdurchschnitt hat sich der Verbraucherpreisindex in Deutschland nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes um 2,3 % und damit deutlich stärker als im Vorjahr (+ 1,1 %) erhöht. Maßgeblich für die Teuerung waren vor allem starke Preiserhöhungen bei Haushaltsenergie und Kraftstoffen.

Deutsche Versicherungswirtschaft: Erstmals Beitragsrückgang

Nach Jahren des kontinuierlichen Wachstums musste die deutsche Versicherungswirtschaft im Jahr 2011 erstmals einen Beitragsrückgang hinnehmen. Die Einnahmen der im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) organisierten Versicherer verringerten sich im vergangenen Jahr nach vorläufigen Berechnungen um 1,2 % auf 176,7 Mrd. Euro (2010: 178,9 Mrd. Euro).

Angesichts der anhaltenden Finanzmarkt-, Staatsschulden- und Eurokrise sowie der spürbaren Abschwächung der Konjunktur ist dies eine insgesamt zufriedenstellende Geschäftsentwicklung: Denn

im nunmehr vierten „Krisenjahr“ in Folge gelang es den deutschen Versicherern, die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Schuldenkrise für ihre Kunden weitgehend abzufedern. Historisch betrachtet erzielte die Branche 2011 ihr zweithöchstes Beitragsvolumen. Aufgrund eines starken Rückgangs bei den Einmalbeiträgen reduzierten sich die Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung (einschließlich Pensionskassen und -fonds) voraussichtlich um 5,7 %.

Durch ihre gut diversifizierte, langfristige Kapitalanlage konnte die Versicherungswirtschaft voraussichtlich auch 2011 eine Nettoverzinsung von über 4 % auf ihre Kapitalanlagen erwirtschaften. Dabei kommt der Branche zugute, dass die meisten deutschen Versicherer nur in einem sehr überschaubaren Rahmen in Anleihen der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) engagiert sind. Stärker macht sich demgegenüber die anhaltende Niedrigzinspolitik bemerkbar, da sie die Neuanlage deutlich erschwert.

Im vergangenen Jahr setzten die deutschen Versicherer ihre Vorbereitungen auf die künftigen Aufsichtsregeln der Europäischen Union (EU) für die Versicherungswirtschaft, Solvency II, fort. Diese Vorbereitungen müssen die Unternehmen in einer Phase vornehmen, in der die Anforderungen für die ab 2013 geltenden Regeln weiterhin nicht feststehen. Die EU-Richtlinie zu Solvency II ist zwar bereits seit 2007 in Kraft; die entsprechenden Durchführungsbestimmungen sind jedoch von den EU-Gremien noch nicht beschlossen.

Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens

Die Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung Aktiengesellschaft (RWSt) mit Sitz in Essen steht als Rechtsnachfolger in der Tradition einer der ältesten Selbsthilfeeinrichtungen, des 1888 ursprünglich für die Beamten der Stadt Essen gegründeten Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit „Rheinisch-Westfälische Sterbekasse“.

Die RWSt ist ausschließlich im Bereich der Sterbegeldversicherung bundesweit tätig und untersteht der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, als Rechtsnachfolgerin der WinCom Versicherungs-Holding AG, Köln, hält 100 % am Grundkapital unserer Gesellschaft.

Im Berichtsjahr hat sich die RWSt positiv weiterentwickelt. Das Neugeschäft wurde im Wesentlichen über die Vertriebswege der AXA Versicherungsunternehmen zugeführt. Es konnte nahezu auf dem Spitzenniveau des Vorjahres gehalten werden. Damit haben wir ein merkliches Bestands- und Beitragswachstum erreicht. Der Sterbegeldtarif 40 ist im Konkurrenzvergleich gut positioniert. Die ausgezahlten Leistungen haben entsprechend dem Bestandswachstum zugenommen.

Der Anstieg der Nettoerträge aus den Kapitalanlagen ist durch das deutliche Wachstum der Kapitalanlagen bedingt. Die Verwaltungskosten konnten trotz erhöhter Aufwendungen für Kundeninformationen auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung auf den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Altbestands von 3,35 % auf 3,25 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt. Die entsprechende Stärkung der Deckungsrückstellung konnte aus dem Geschäftsergebnis finanziert werden.

Im Steuerverfahren gegen die Steuerfestsetzung für das Jahr 2000 wurde unserer Klage statt gegeben. Damit wurde unsere Rechtsauffassung bestätigt, dass die im Vorfeld der Übertragung des Vermögens des Rheinisch-Westfälische Sterbekasse VVaG auf die Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung Aktiengesellschaft realisierten stillen Reserven keine steuerpflichtigen Übertragungsgewinne darstellten.

Auf Grund der geänderten Steuerbescheide ergaben sich Steuerstattungen (in Höhe von 631 Tsd. Euro), Zinserstattungen (in Höhe von 331 Tsd. Euro) und niedrigere Geschäftsjahressteuern.

Der dadurch erhöhte Rohüberschuss vor Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) wurde in Abstimmung mit der Aufsichtsbehörde verwendet und führte zu einer erhöhten RfB-Zuführung. Dabei betrug die Zuführung 96,1 % des Rohüberschusses vor Steuer zuzüglich 97 % des positiven Steuerergebnisses.

Auch das Geschäftsergebnis hat sich durch diesen Sondereffekt zusätzlich positiv entwickelt.

Steuerliche Verhältnisse

Seit dem 01.01.2009 besteht eine ertragsteuerliche Organschaft mit der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH.

Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen

Im Jahr 2011 wurden 6.039 Sterbegeldversicherungen neu abgeschlossen. Die neu zugegangene Versicherungssumme liegt mit 30,0 Mio. Euro leicht unter Vorjahresniveau (-5,1 % gegenüber Vorjahr). Die Stornoquote (vorzeitiger Abgang im Verhältnis zum mittleren Bestand) betrug 2,5 % (im Vorjahr 2,0 %).

Der Bestand stieg auf 116.526 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 451,1 Mio. Euro (+ 4,2 %).

Beiträge

Die verdienten Beiträge erreichten insgesamt den Betrag von 17,8 Mio. Euro im Vergleich zu 17,0 Mio. Euro im Vorjahr. Dies entspricht einer Steigerung um 4,8 %. Darin enthalten sind Einmalbeiträge in Höhe von 471 Tsd. Euro gegenüber 287 Tsd. Euro im Vorjahr.

Leistungen

Die Leistungen (Aufwendungen für Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge, Austrittsvergütungen und Regulierungsaufwendungen einschließlich Überschussbeteiligung) betrugen 10,7 Mio. Euro im Vergleich zu 9,7 Mio. Euro im Vorjahr und erhöhten sich damit um 10,6 %.

Kosten

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betrugen insgesamt 1.358 Tsd. Euro gegenüber 1.458 Tsd. Euro im Vorjahr. Die Reduktion der Abschlussaufwendungen entspricht der leichten Verminderung des Neugeschäfts. Die Reduktion der Verwaltungsaufwendungen ist wesentlich durch die Rückerstattung von Sozialabgaben für Vorjahre bedingt.

Der Verwaltungskostensatz – gemäß dem Kennzahlenkatalog für die Lebensversicherungsunternehmen – lag damit bei 2,6 % der gebuchten Beiträge (im Vorjahr 3,0 %).

Kapitalanlagen

Nachdem sich in der ersten Jahreshälfte 2011 der positive Trend des vergangenen Geschäftsjahres auf den internationalen Kapitalmärkten zunächst fortsetzte, war die zweite Jahreshälfte von Unsicherheiten geprägt. Die Sorge vor einem Abkühlen der Weltwirtschaft und die kritisch beobachtete Schuldenkrise in der Eurozone hatten Kurseinbrüche an den Börsen und einen weiteren Rückgang des Zinsniveaus bonitätsstarker Anleihen zur Folge. Dies führte zu entsprechenden Wertsteigerungen im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere, die jedoch zum Teil durch erhöhte Risikoaufschläge einzelner Rentenpapiere kompensiert wurden.

Die Aktienmärkte entwickelten sich im vergangenen Geschäftsjahr rückläufig. Der Deutsche Aktienindex (DAX) notierte Ende Dezember 2011 bei knapp 5900 Punkten und verzeichnete somit im Vergleich zum Jahresanfang einen Rückgang von 15%. Im selben Zeitraum sank der europäische Aktienmarkt gemessen am EuroStoxx 50 um 17% auf 2.317 Punkte. Im Gegensatz dazu zeigte der für den amerikanischen Aktienmarkt repräsentative S&P 500 Index, trotz signifikanter unterjähriger Schwankungen, im Vergleich zum seinem Vorjahreswert nahezu keine Veränderung.

Die Leitzinsen im US-Raum blieben im vergangenen Geschäftsjahr wie im Vorjahr unverändert bei Null bis 0,25%. Im Euroraum stieg der Leitzins der EZB in der Mitte des Jahres bis auf 1,5% an und fiel bis zum Ende des Jahres wieder auf sein Vorjahresniveau von 1%. Der Zinssatz für 10-jährige Bundesanleihen sank bis Ende Dezember auf 1,8% und erreichte damit einen historischen Tiefststand.

Die RWSt hat die Entwicklung an den Kapitalmärkten genutzt und durch ein konservatives, renditeorientiertes Kapitalanlagenportfolio die an ihre Kunden gegebenen Leistungsversprechen erfüllt. Zudem

profitierte die RWSt von den Vorteilen als Unternehmen eines internationalen Versicherungskonzerns, um die zur Verfügung stehenden Mittel in Kapitalanlagen mit attraktiven Konditionen zu investieren.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden verstärkt Investitionen in Staatsanleihen und Anstalten der Euro-Kern-Länder vorgenommen. Darüber hinaus wurden Anlagen getätigt, die die Verwerfungen am Kapitalmarkt nutzen, um annähernd risikofrei zusätzliche Erträge zu erzielen.

Die Kapitalanlagen der RWSt erhöhten sich im Berichtsjahr von 148,7 Mio. Euro um 8,3 % auf 161,0 Mio. Euro. Den Schwerpunkt bildeten weiterhin festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen und Namenspapiere. Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken, Zinsrisiken und Börsen-, Marktpreis- oder sonstigen Preisschwankungen wurden im Geschäftsjahr nicht eingesetzt.

Die Bewertungsreserven als Differenz zwischen dem aktuellen Marktwert und dem Buchwert beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf 4,6 Mio. Euro (2010: -1,0 Mio. Euro) und beziehen sich nahezu vollständig auf Schuldscheindarlehen und festverzinsliche Wertpapiere. Die Erhöhung der Bewertungsreserven gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Marktzinsveränderung für die verzinslichen Vermögenswerte. Diese führte zu steigenden Kursen bei den im Bestand befindlichen Rententiteln.

Struktur der Kapitalanlagen

In Tsd. Euro

	Buchwerte 2011	Anteil am Bestand	Zeitwerte 2011	Buchwerte 2010	Anteil am Bestand	Zeitwerte 2010
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	334	0,21%	374	345	0,23%	374
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	43.024	26,73%	42.500	39.956	26,88%	39.169
- Hypotheken, Grund- und Rentenschuldforderungen	0	0,00%	0	0	0,00%	0
- Namensschuldverschreibungen	25.000	15,53%	27.346	25.000	16,82%	25.926
- Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.253	51,73%	89.216	73.100	49,18%	74.741
- übrige Ausleihungen	8.000	4,97%	4.726	8.000	5,38%	5.230
- Einlagen bei Kreditinstituten	1.340	0,83%	1.340	2.250	1,51%	2.250
Summe	160.951	100,0%	165.502	148.651	100,0%	147.690

Struktur der Zugänge

In Tsd. Euro

	Zugänge 2011	Abgänge 2011	Nettozugang 2011
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.816	2.747	3.069
- Hypotheken, Grund- und Rentenschuldforderungen	0	0	0
- Namensschuldverschreibungen	0	0	0
- Schuldscheinforderungen und Darlehen	10.623	469	10.154
- übrige Ausleihungen	0	0	0
- Einlagen bei Kreditinstituten	0	910	-910
Summe	16.439	4.126	12.313

Kapitalerträge

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen stiegen durch den erhöhten Kapitalanlagebestand von 6,0 Mio. Euro im Vorjahr auf 6,2 Mio. Euro im Berichtsjahr. Das Kapitalanlageergebnis konnte von 5,6 Mio. Euro auf 5,9 Mio. Euro gesteigert werden.

Die laufende Verzinsung betrug 3,84 % (im Vorjahr 3,99 %). Die Nettoverzinsung belief sich auf 3,84 % (im Vorjahr 3,93 %).

Einfluss der wesentlichen Gewinn- und Verlustquellen

Risikoverlauf und Ertrag der Kapitalanlagen bestimmten im Wesentlichen das Geschäftsergebnis. Die tatsächlichen Aufwendungen für die ausgezahlten Sterbegelder lagen bei 51,1 % (im Vorjahr 51,3 %) der nach den Rechnungsgrundlagen des Sterbegeldtarifs zu erwartenden Summe. Der laufende Ertrag aus den Kapitalanlagen überstieg die rechnungsmäßigen Zinsen. Die tatsächlichen Abschlussaufwendungen sind durch die eingerechneten Abschlusskosten gedeckt, die Verwaltungsaufwendungen blieben deutlich unterhalb der rechnungsmäßig zur Verfügung stehenden Mittel.

Geschäftsergebnis

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 180 Tsd. Euro erzielt, der aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, als Rechtsnachfolgerin der Win-Com Versicherungs-Holding AG, Köln, abgeführt wurde. Der Bilanzgewinn in Höhe von 90 Tsd. Euro resultiert aus dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr. Der Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung unseres Unternehmens beruhen in erster Linie auf Planungen, Prognosen und Erwartungen. Dementsprechend kommen insbesondere in der Berichterstattung über die Risiken und die künftige Entwicklung der RWSt allein unsere Annahmen und Ansichten zum Ausdruck.

Wie durch § 64 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) gefordert, verfügen wir über ein der Größe unserer Gesellschaft angemessenes Risikomanagementsystem.

Als Risiko wird gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles verstanden. Dies schließt die Risikodefinition des Deutschen Rechnungslegungsstandards zur Risikoberichterstattung (DRS 5) ein, innerhalb dessen Risiken als negative künftige Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zur Situation am Bilanzstichtag definiert sind.

Grundsätzlich kann zwischen folgenden Risiken unterschieden werden:

- versicherungstechnische Risiken,
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft,
- Risiken aus Kapitalanlagen,
- operationale und sonstige Risiken.

Im Folgenden werden unsere Organisationseinheiten des Risikomanagements und der Risikomanagementprozesse aufgezeigt. Darüber hinaus wird unsere Risikosituation im Wesentlichen anlehnd an den Deutschen Rechnungslegungsstandard zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) dargestellt.

Organisationseinheiten des Risikomanagements

Das Risikomanagement der RWSt ist in das konzernweite Risikomanagementsystem der AXA Deutschland eingebunden.

Aufgrund der Komplexität des Versicherungsgeschäftes ist die Risikomanagementfunktion unserer Gesellschaft auf verschiedene Organisationseinheiten und Gremien verteilt. Kontrollgremium ist der Aufsichtsrat als den Vorstand überwachendes Organ. Der Vorstand wie auch das Risikokomitee als Gremium des Gruppenvorstandes sind zuständig für die risikopolitische Ausrichtung unserer Gesellschaft sowie die Implementierung eines funktionierenden angemessenen Risikomanagements und dessen Weiterentwicklung. Die Risikorunde ist das zentrale Kommunikationsgremium für Risikothemen auf Geschäftsbereichsebene und dient der Vorbereitung des Risikokomitees. Bei der Risikorunde liegt besondere Aufmerksamkeit auf der Förderung der Risikokultur über die zentrale Risikomanagementorganisation. Darüber hinaus existiert das Compliance and Operational Risk Committee als zentrales Kommunikationsgremium für Themen zu Compliance- und operationalen Risiken. Zusätzlich werden risikorelevante Themen in diversen Spezialgremien, wie zum Beispiel dem Rückversicherungskomitee, dem Asset Liability Committee, dem Kapitalanlageausschuss und weiteren Gremien besprochen.

Zur Risikomanagementfunktion gehörende Organisationseinheiten sind

- der Bereich Value & Risk Management (zentrales Risikomanagement),
- die Risikoverantwortlichen für die Steuerung und Kontrolle der Risiken in ihrem jeweiligen Unternehmensbereich (dezentrales Risikomanagement),
- der dezentrale Risikomanager pro Ressort für die Koordination aller risikorelevanter Themen innerhalb des Ressorts und
- der Verantwortliche Aktuar sowie
- die interne Revision als unabhängige Prüfinstanz.

Der Chief Risk Officer der AXA Deutschland stellt die zeitnahe Kommunikation risikorelevanter Themen durch regelmäßige Berichterstattung an das Risikokomitee innerhalb der Gremiensitzungen beziehungsweise ad hoc sicher.

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der RWSt erfolgt unter Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und innerbetrieblicher Vorgaben. Der Risikomanagementprozess setzt sich aus Risikoidentifikation, Analyse und Bewertung, Risikosteuerung und -überwachung sowie Kommunikation/Berichterstattung zusammen.

Risikoidentifikation: Die vollständige Erfassung aller Risiken erfolgt in Form von Risikopolicen sowie durch die Dokumentation und Beschreibung operationaler Risiken. Hierbei werden die identifizierten wesentlichen Risiken inklusive deren aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen dokumentiert. Die regelmäßige Risikoidentifikation erfolgt innerhalb der mindestens quartalsweise stattfindenden Risikogremiensitzungen, durch die Aktualisierung der Risikopolicen und der Dokumentation und Beschreibung operationaler Risiken, im Rahmen der strategischen Planung, und der Aktualisierung der Risikostrategie. Darüber hinaus ist die Risikoidentifikation im Rahmen von Prüfungen der Internen Revision möglich. Zusätzlich besteht die Möglichkeit der Ad-hoc-Berichterstattung direkt an das zentrale Risikomanagement. Risiken neuer Kapitalmarkt- und Versicherungsprodukte werden im Rahmen des standardisierten Product Approval Process (PAP) von dem Bereich Value & Risk Management unabhängig auf alle wesentlichen internen und externen Risikoeinflussfaktoren untersucht sowie deren Auswirkungen auf das Gesamtrisikoprofil bewertet. Des Weiteren gibt es zur Identifikation operationaler Risiken einen jährlichen Risikoerhebungsprozess auf Basis einer Befragung der Vorstandsmitglieder und des Top Managements und einer Bewertung durch die jeweiligen operativen Ansprechpartner. Darüber hinaus erfolgt die Risikoidentifikation infolge einer Meldung eingetretener Risiken zur Aufnahme in die Verlustdatensammlung für operationale Risiken, im Rahmen des Information Risk Management Prozesses (IRM) oder durch das Risk Identification and Assessment (RIA) im Rahmen des Business Continuity Managements.

Risikoanalyse und -bewertung: Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt eine Analyse und Bewertung der Risiken. Ergebnis der Risikoanalyse und -bewertung ist das Risikoprofil des Unternehmens. Das vorhandene Kapital zur Risikodeckung sind die vorhandenen Eigenmittel. Diese werden auf Basis einer nach ökonomischen Prinzipien gebildeten Solvenzbilanz ermittelt. Somit können identifizierte Risiken ihrer Wesentlichkeit nach eingeordnet werden. Dadurch wird sicher gestellt, dass Risiken mit wesentlicher Auswirkung auf die Wirtschafts-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens identifiziert und angemessene Steuerungsmaßnahmen/-strategien definiert werden können.

Bei der Risikobewertung wird eine quantitative Einschätzung für die einzelnen Risiken sowie für das gesamte Risikoprofil unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Steuerungsmaßnahmen abgegeben. Die übergreifende quantitative Risikobewertung erfolgt anhand des ökonomischen Risikokapitalmodells und der dort definierten und eingesetzten Bewertungsmethoden. Für Risikoarten, für die eine quantitative Risikomessung nicht sinnvoll oder möglich ist, wird eine qualitative Einschätzung vorgenommen.

Das sich ergebende Risikoprofil wird gegenüber dem Vorstand der AXA Konzern AG und den Vorständen der einzelnen Versicherungsunternehmen kommuniziert, so dass diese bei der Festlegung des Risikoappetits das aktuelle Risikoprofil beachten können.

Neben qualitativen und quantitativen Methoden werden bei der Risikobewertung für ausgewählte Risiken situationsbedingt auch Sensitivitätsanalysen, Szenarioanalysen und Stresstests herangezogen.

Risikosteuerung und -überwachung: Die Risikosteuerung umfasst das Treffen von Maßnahmen zur Risikobewältigung in der RWSt. Unter Risikosteuerung wird die Umsetzung entwickelter Konzepte und Prozesse im Einklang mit der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Risikostrategie verstanden. Dadurch werden Risiken entweder bewusst akzeptiert, vermieden, vermindert oder transferiert. Durch regelmäßige Überwachung der Risiken anhand eines Soll/ Ist-Abgleichs, zum Beispiel durch Nachverfolgung von Frühwarnindikatoren, werden Mängel frühzeitig erkannt. Somit wird ein Gegensteuern ermöglicht. Die Entscheidung, welche Maßnahme im speziellen Fall durchgeführt wird, erfolgt durch Abwägung des Risiko-/Ertragsprofils sowie durch Überwachung der Limite der Verlust- und Risikoindikatoren wie auch durch Beachtung der Risikotragfähigkeit beziehungsweise der Bereitschaft des Vorstandes, bestimmte Risiken zu übernehmen. Schließlich wird in Verbindung mit einer angemessenen Berichterstattung beziehungsweise Eskalation die Einhaltung der Risikostrategie sichergestellt.

Kommunikation und Berichterstattung: Ziel der Risikoberichterstattung ist die Bereitstellung aller erforderlichen Risikoinformationen zur Einschätzung des unternehmensindividuellen Risikos unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher und interner Steuerungsanforderungen. Neben der Ergebnisberichterstattung zum ökonomischen Risikokapital wird auf Konzernebene regelmäßig ein Risikobericht verfasst, der den Vorständen der Versicherungsgesellschaften vorgelegt und an das dezentrale Risikomanagement, das Audit Committee und die Aufsichtsbehörde übermittelt wird. Zusätzlich sind sofortige Berichterstattungspflichten, beispielsweise bei Erreichen definierter Schwellenwerte, implementiert. Risikorelevante Themen werden darüber hinaus im Rahmen des quartalsweise zusammenkommenden Risikokomitees besprochen, die zuvor innerhalb der ebenfalls quartalsweise stattfindenden Risikogremiensitzungen „Risikorunde“ und „Compliance and Operational Risk Committee“ diskutiert worden sind.

Versicherungstechnische Risiken

Die RWSt betreibt als Sterbekasse ausschließlich die Sterbegeldversicherung.

Die spezifischen Risiken aus dem Lebensversicherungsgeschäft aus Unternehmenssicht sind biometrische Risiken, Risiken aus Kundenverhalten sowie Kosten- und Zinsgarantierisiken. Ferner bestehen noch spartenspezifische Risiken aus Rechtsprechung und Gesetzgebung.

Biometrische Risiken

Biometrische Risiken entstehen aus Veränderungen biometrischer Annahmen zur Sterblichkeit. Sinkende Sterblichkeiten, bewirkt z.B. durch verbesserte medizinische Versorgung, führen bei Sterbegeldversicherungen zu einer Erhöhung der Sicherheitsmarge. Eine Erhöhung der Sterblichkeit, etwa hervorgerufen durch Epidemien, hätte wiederum einen gegenläufigen Effekt.

Die RWSt steuert biometrische Risiken durch ihre Produktgestaltung und Zeichnungspolitik. Im Rahmen des Prozesses zur Gestaltung neuer bzw. Anpassung bestehender Produkte werden Risiken identifiziert, bewertet und es wird, sofern notwendig, eine Anpassung der Produktkalkulation vorgenommen. Durch die Zeichnungspolitik wird eine risikogerechte Tarifierung sichergestellt.

Für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden die im von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan festgelegten Sterbetafeln verwendet. Alle in den Versicherungsverträgen zugesagten Leistungen werden dem Grundsatz der Vorsicht entsprechend berücksichtigt. Durch regelmäßige Überprüfung der Deckungsrückstellungen wird ein möglicher Anpassungsbedarf frühzeitig erkannt. Sie enthalten nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars für die Gesellschaft angemessene Sicherheitsspannen. Die Entwicklung der Sterblichkeit wird auch weiterhin laufend analysiert.

Risiken aus Kundenverhalten

Risiken aus dem Verhalten von Versicherungsnehmern resultieren vor allem aus dem Stornorisiko.

Rationales Verhalten vorausgesetzt, werden Lebensversicherungskunden, deren Gesundheit sich während der Vertragslaufzeit verschlechtert, mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit kündigen. Hierdurch könnte die Gefahr einer negativen Risikoselektion entstehen. Andererseits kann eine Kapitalmarktentwicklung zu verstärkten Rückkäufen führen, um den ausgezahlten Betrag mit einer höheren Rendite zu reinvestieren. Das sich bei unerwartet hohen Storni ergebende Risiko von Mittelabflüssen kann bei großem Volumen zu Liquiditätsengpässen, einer Beeinträchtigung der Kapitalanlagenstruktur und der Erträge aus den Kapitalanlagen führen.

Die Stornoquoten in der RWSt und in der Branche werden permanent beobachtet. Die Veränderung der Stornoquoten war in der Vergangenheit jedoch begrenzt, so dass das resultierende Risiko als niedrig einzuschätzen ist.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 74 Tsd. Euro (2010: 85 Tsd. Euro). Davon entfielen 12 Tsd. Euro (2010: 17 Tsd. Euro) auf Forderungen, die älter als 90 Tage sind. Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Versicherungsnehmer um Wertberichtigungen von 15 Tsd. Euro (2010: 17 Tsd. Euro) vermindert.

Kostenrisiko

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten durch die einkalkulierten Kosten dauerhaft nicht finanziert werden können. Die Überwachung des Kostenrisikos erfolgt durch ein umfassendes Kostencontrolling.

Zinsgarantierisiko

Das professionelle Management der Zinsgarantien stellt eine Kernherausforderung im Rahmen des Asset Liability Managements dar. Die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Rechnungszinssätze entsprechen dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan. Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung auf den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Bestands nach Tarif 20 von 3,35 % auf 3,25 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt.

Die Absenkung des Höchstrechnungszinses von 2,25 % auf 1,75 % für ab dem 1. Januar 2012 neu abgeschlossene Lebensversicherungen gilt für unsere Gesellschaft als Sterbekasse nicht unmittelbar, da die Sterbekassen nicht in den Anwendungsbereich der Deckungsrückstellungsverordnung fallen. Die Aufsichtsbehörde hat aber bereits angekündigt, dass dies bei einer zukünftigen Tarifierneuerung ebenfalls zu berücksichtigen sein wird.

Risiken aus Gesetzesänderungen

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 29. Juli 2009 ein Urteil zu einer Ratenzahlungsvereinbarung in einem Altersvorsorgevertrag erlassen. Es handelte sich dabei um ein wettbewerbsrechtliches Verfahren zu der Frage, ob der Versicherer sich im Falle unechter unterjähriger Beitragszahlung auf eine bestimmte Klausel zu Ratenzahlungszuschlägen berufen darf, ohne dass hierbei der effektive Jahreszins gemäß der Preisangabenverordnung ausgewiesen wird. Das Urteil ließ die relevanten Fragen offen, da es sich lediglich um ein Anerkenntnisurteil und damit nicht um eine Grundsatzentscheidung handelte. In der Folge gab es in den Jahren 2010 und 2011 zu diesem Sachverhalt mehrere erst- sowie zweitinstanzliche Verfahren mit unterschiedlich ausgefallenen Urteilen. Darüber hinaus liegen keine Urteilsgründe vor. Wie die im Verfahren aufgeworfenen Fragen letztendlich zu beurteilen sind, kann nur ein weiteres höchstrichterliches Urteil zeigen. Welche Entscheidung zu erwarten ist, kann nicht vorhergesagt werden.

EuGH-Verfahren zur Gender Directive / Unisex-Tarife

Das belgische Verfassungsgericht hat dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) im Juni 2009 die Frage zur Entscheidung vorgelegt, ob Artikel 5 (2) der Gender-Richtlinie (2004/113/EG) mit Europäischem Primärrecht (EG-Vertrag, Europäische Menschenrechtskonvention) vereinbar ist. In diesem Artikel ist ein Wahlrecht für die Mitgliedstaaten verankert. Danach dürfen die Versicherer bei der Tarifierung zwischen Frauen und Männern differenzieren, wenn der Mitgliedstaat es zulässt. Die unterschiedliche Behandlung muss sachlich begründet sein, die Begründung statistisch belegt werden.

Deutschland hat dieses Wahlrecht durch die Regelung in § 20 (2) AGG (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz) genutzt. Mit Urteil vom 1. März 2011 hat der EuGH festgestellt, dass die Berücksichtigung des Geschlechts als Risikofaktor in Versicherungsverträgen eine Diskriminierung darstellt. Da die Ausnahmenvorschrift des Art. 5 (2) der Richtlinie zudem unbefristet gilt, hat der EuGH diese ab dem 21. Dezember 2012 für ungültig erklärt. Die Leitlinien der EU-Kommission zum EuGH-Urteil und ein bisheriger Entwurf zu einem Umsetzungsgesetz deuten darauf hin, dass die Änderungen nicht das Bestands- sondern nur das Neugeschäft betreffen werden.

Risiken aus Kapitalanlagen

Unsere Gesellschaft verwaltet 161 Mio. Euro (2010: 148 Mio. Euro) Kapitalanlagen. Diese werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Richtlinien in einem strukturierten Prozess angelegt. Unter Gesamtrisikobetrachtung soll eine gleichzeitige Sicherstellung der Anlageziele Sicherheit, Rentabilität und Liquidität der Kapitalanlagen erreicht werden. Dieses wird unter anderem durch eine ausgewogene Diversifikation und strikte Begrenzung von Konzentrationsrisiken gewährleistet.

Mit der Kapitalanlage sind unvermeidbar signifikante Risiken verbunden, die durch die im Anlageprozess eingebauten Kontrollen und andere risikomindernde Maßnahmen bewusst eingegangen werden. Zum Erhalt bzw. Ausbau der notwendigen Risikotragfähigkeit werden die Risiken der Kapitalanlagen aktiv gesteuert und fortlaufend an das jeweilige Kapitalmarktumfeld angepasst.

Die Kapitalanlagerisiken werden in Markt-, Kredit-, Konzentrations- und Liquiditätsrisiken unterteilt:

Markt Risiken:

Die Marktpreisrisiken unserer Gesellschaft beruhen im Wesentlichen auf potenziellen Zins- und Spread-Änderungen.

Die Auswirkungen auf die Marktwerte der Kapitalanlagen werden in möglichen Risikoszenarien analysiert. Hierfür werden die Marktwertschwankungen von Zinsprodukten simuliert. Somit werden die tatsächlichen Sensitivitäten unserer Kapitalanlagen verdeutlicht.

Die folgende Übersicht zeigt auf, wie sich eine Änderung der Marktzinsen kurzfristig auswirken würde:

Renditeveränderung des Rentenmarktes	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen
Anstieg um 200 Basispunkte	- 20,2 Mio. Euro
Anstieg um 100 Basispunkte	- 10,7 Mio. Euro
Sinken um 100 Basispunkte	+ 10,8 Mio. Euro
Sinken um 200 Basispunkte	+ 19,1 Mio. Euro

Wir verfolgen die Entwicklung der Kapitalmärkte sehr genau. Sollten sich die zuvor gezeigten negativen Szenarien im laufenden Geschäftsjahr ganz oder teilweise einstellen oder am Bilanzstichtag vorliegen, werden wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese beinhalten unter anderem mögliche Abschreibungen auf die nachhaltigen Werte einzelner Kapitalanlagen, den selektiven Verkauf einzelner Titel und den optionalen Einsatz von Wertsicherungsmaßnahmen, um die Portfolios kurzfristig gegen weitere Wertverluste abzusichern.

Kreditrisiken:

Das Kreditrisiko umfasst die Insolvenz, den Zahlungsverzug und die Bonitätsverschlechterung des Schuldners bzw. Emittenten von festverzinslichen Wertpapieren, Darlehen und Derivaten.

Zur Reduktion des Kreditrisikos werden hauptsächlich Investitionen bzw. Darlehensvergaben bei Emittenten und Schuldnern mit einer guten bis sehr guten Bonität getätigt. Die Einstufung der Bonität von Emit-

tenten festverzinslicher Wertpapiere erfolgt entweder mit Hilfe von Ratingagenturen oder nach einheitlichen internen Maßstäben und wird mit kontinuierlichen Kontrollprozessen überprüft.

Zusätzlich zur Überwachung der Ratings nehmen wir in Zusammenarbeit mit Organisationseinheiten der AXA Gruppe und den von uns mandatierten Vermögensverwaltern Detailanalysen zu potenziell ausfallgefährdeten Wertpapieren vor, auf deren Basis dann über risikomindernde Maßnahmen entschieden wird. Für diese Analysen werden alle im Markt vorhandenen Informationen herangezogen.

Die RWSt hielt in 2011 keine Staatsanleihen von Spanien, Italien, Portugal, Irland und Griechenland, deren Risiko zur Zeit diskutiert wird und deren Spreads sich im letzten Jahr teilweise deutlich ausgeweitet haben.

Wir halten Fremdkapitalinstrumente, die von nationalen und internationalen Banken sowie sonstigen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors emittiert wurden (ca. 11 % der Kapitalanlagen auf Marktwertbasis). Dieses Exposure wird direkt gehalten und enthält zu einem geringen Teil auch Instrumente von niedriger Seniorität wie nachrangige Darlehen oder Genussscheine. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmensanleihen ist im Bereich Investment Grade geratet.

Das Portfolio der Genussscheine umfasst einen Nominalwert von 8 Mio. Euro. Aufgrund der schwierigen Situation besteht bei einzelnen Genussscheinen weiterhin das Risiko, dass als Folge von Bilanzverlusten ergebnisabhängige Kupons nicht ausgezahlt werden und das Kapital herabgesetzt werden kann. Im vergangenen Geschäftsjahr wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Genussscheine berücksichtigt. Die stille Last wurde zum Jahresende auf Basis unserer internen Prognoserechnungen als nicht nachhaltig bewertet. Bei nachhaltigen, signifikanten Marktverschlechterungen sind außerplanmäßige Abschreibungen jedoch nicht ausgeschlossen.

Der größte Teil unserer Rentenbestände ist besichert bzw. von öffentlichen Emittenten ausgegeben und daher nur einem minimalen Ausfallrisiko ausgesetzt. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich in der Zukunft die Bonität einzelner Emittenten verschlechtert und damit Abschreibungsbedarf entstehen könnte.

Konzentrationsrisiken:

Durch Konzentrationsrisiken wird die Diversifizierung des Portfolios vermindert, wodurch das Risiko hoher Verluste aufgrund von Einzelpositionen steigt. Sie stehen daher im engen Zusammenhang mit Markt- und Kreditrisiken. Konzentrationsrisiken werden durch Definition von Limiten auf Einzelpositionen gesteuert und regelmäßig überwacht.

Liquiditätsrisiken:

Aufgrund der vorab vereinnahmten sowie verzinslich und liquide angelegten Beiträge ist das Liquiditätsrisiko für Versicherungsunternehmen grundsätzlich gut steuerbar. Wir tragen dem Risiko unzureichender Liquidität durch eine mehrjährige Planung der Zahlungsströme Rechnung. Zusätzlich erfolgt für einen rollierenden Zwölfmonatszeitraum eine Prognose auf Monatsbasis. Für die Überwachung des Liquiditätsrisikos wird darüber hinaus ein Liquiditätsstresstest durchgeführt.

Insgesamt wird bei der Kapitalanlage auf einen hohen Anteil liquider und fungibler Kapitalanlagen geachtet, damit wir den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungskunden jederzeit nachkommen können. Bei einem eventuell auftretenden unvorhergesehenen Liquiditätsbedarf wird konzernintern Liquidität zur Verfügung gestellt.

Risikosteuerung der Kapitalanlagen

Innerhalb des AXA Konzerns sind umfassende Governance-Strukturen, Steuerungsmaßnahmen und Richtlinien zur Risikosteuerung der Kapitalanlagen implementiert. Das Asset Liability Management-Komitee schlägt die Kapitalanlagestrategie vor, der Vorstand der RWSt entscheidet über die Kapitalanlagestrategie der RWSt. Der Kapitalanlageausschuss implementiert und überwacht die strategische Aufteilung der Kapitalanlagen nach Kapitalanlagearten (Asset Allocation) und die Einhaltung vorgegebener Limitsysteme. Darüber hinaus gilt eine umfassende interne Richtlinie (Investment Guidelines) für alle Kapitalanlagen. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden eingehalten.

Zusätzlich werden Konzentrationsrisiken durch das gruppenweite Risikomanagement monatlich ausgewertet und überwacht.

Ziel des strukturierten Anlageprozesses ist es, die Risiken in den Portfolios durch systematische und kontrollierte Abläufe zu steuern. Anlageentscheidungen werden auf Basis von Asset Liability Management-Analysen vor dem Hintergrund der versicherungstechnischen Verpflichtungen, der Bewertungsreserven und der Eigenkapitalausstattung getätigt. Im Rahmen der strategischen und taktischen Asset Allocation bestehen prozentuale Begrenzungen für die einzelnen Anlageklassen. Zusätzlich werden Limite für Bonität, Einzelemittenten und die Duration des festverzinslichen Portfolios definiert und überwacht. Bei der Risikoeinschätzung wird dabei von einem dem jeweiligen Risiko adäquaten Prognosezeitraum ausgegangen. Zur Bewertung der Anlagerisiken steht eine Vielzahl von Risikomanagementinstrumenten zur Verfügung.

Monatlich wird auf Vorstandsebene das Kreditrisiko des Gesamtportfolios sowie einzelner Anlageklassen und kritischer Emittenten besprochen.

Das Audit Committee wird regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und die Risikosituation des Konzerns und der Einzelgesellschaften informiert.

Operationale und sonstige Risiken

Operationale Risiken beinhalten Verluste aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiter-, systembedingten oder externen Vorfällen.

Die AXA unterscheidet hierbei die Risikokategorien interner Betrug, externer Betrug, Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitssicherheit, Kunden-, Produkt- und Geschäftspraxis, Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Betriebsunterbrechung und Versagen von Systemen, Durchführungs-/Produkt-/Leistungs-/Prozessmanagement.

Als risikobewusstes Versicherungsunternehmen hat die AXA Prozesse und Systeme zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der operationalen Risiken entwickelt und strebt deren Zertifizierung im Rahmen von Solvency II zum frühest möglichen Zeitpunkt an.

Seit 2010 führt die AXA eine Sammlung von Daten aus operationalen Verlusten durch. Die Methoden und Prozesse werden ständig weiterentwickelt. Der Fokus für 2012 liegt auf den Steuerungsinstrumenten für operationale Risiken. Bereits jetzt sind die operationalen Risiken in das interne Kontrollsystem integriert. Für die Identifizierung, Analyse und Steuerung von Risiken im Zusammenhang mit Outsourcingverhältnissen ist ein Standard definiert, welcher vorsieht, dass im Vorfeld jeder Auslagerung auf Basis einer Risikoanalyse bewertet wird, ob Aktivitäten und Prozesse ausgelagert werden können und sollen.

Die operationalen Risiken sind in 2011 gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Modellveränderungen angestiegen. Ursache hierfür sind die erstmalige Berücksichtigung anstehender Grundsatzurteile beziehungsweise deren Auslegung zu Themen wie Ratenzahlungszuschläge, Rückkaufswerte und Unisex-Tarife.

Unternehmensgefährdende Risiken aus Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung, aus Systemausfällen und anderen Katastrophenereignissen werden im Rahmen des Business Continuity Managements gesteuert. Notfallprozesse werden organisiert und alle notwendigen Präventivmaßnahmen zum Zweck der Unternehmenssicherheit ergriffen. Durch die Setzung verbindlicher Standards mit Fokus auf die operationalen Risiken sollen mögliche Negativ-Folgen reduziert und der wirtschaftliche Fortbestand der AXA jederzeit garantiert werden.

Diese Standards hat die AXA per Januar 2012 aktualisiert. In 2012 werden neue Organisationsstrukturen und Prozesse ausgerollt. Diese sehen vor, dass AXA interne und externe Bedrohungen, die eine Unterbrechung der Geschäftsprozesse zur Folge haben könnten, regelmäßig beurteilt. Diese Risikoeinschätzung erfüllt im Wesentlichen vier Aufgaben:

- Sammlung aller Informationen zur Priorisierung der Produkte, Dienstleistungen und somit Geschäftseinheiten im Rahmen der Prozesse Business Impact Analyse und Risk Identification and Assessment (RIA)
- Untersuchung und Bewertung verschiedener Strategieoptionen mit dem Ziel, wichtige Produkte und Dienstleistungen auch im Notfall bereitstellen zu können

- Entwicklung und Implementierung einer Business Continuity Reaktion, vor allem in Form von Notfallplänen
- Übung und Pflege der Business Continuity Management-Vorkehrungen

Das Business Continuity Management trägt die Verantwortung für die form- und termingerechte Durchführung der Risikoeinschätzung.

Weitere ständig überwachte Risiken sind die strategischen Risiken, Reputations- und sonstige Rechtsrisiken:

Die strategischen Risiken werden durch einen regelmäßigen systematischen Strategieentwicklungs- und Umsetzungsprozess gesteuert, in dem bereits zum Zeitpunkt der Definition von strategischen Initiativen Chancen und Risiken identifiziert und abgewogen werden.

Zur Steuerung des Reputationsrisikos existieren Vorgaben hinsichtlich der Informationspolitik gegenüber Dritten. Des Weiteren wird die Medienberichterstattung kontinuierlich verfolgt, um auf die Gefahr eines Reputationsverlustes aufgrund negativer Berichterstattung zeitnah reagieren zu können. Gleichzeitig werden wesentliche Geschäftsentscheidungen auch auf mögliche Reputationsrisiken hin geprüft.

Sonstige Rechtsrisiken, d.h. solche, die sich aus heutiger Sicht noch nicht konkretisieren, werden durch eine kontinuierliche Beobachtung der aktuellen Rechtssetzungsverfahren und der aufsichtsrechtlichen Entwicklungen auf nationaler wie europäischer Ebene sowie der relevanten Gerichtsentscheide frühzeitig identifiziert. Die Beobachtung wird sowohl durch die einzelnen Fachbereiche als auch fachbereichsübergreifend durch den Bereich Recht & Compliance durchgeführt. Im Bedarfsfall werden von den betroffenen Fachbereichen frühzeitig Analysen erstellt, um zu gewährleisten, dass das Unternehmen auf die möglichen rechtlichen Veränderungen vorbereitet ist.

Kapitalmanagement und Solvabilität

Die Steuerung der Kapitalbasis erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Ziel ist, die jederzeitige Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verpflichtungen sicherstellen zu können – selbst wenn im Extremfall die hierfür gebildeten versicherungstechnischen Rückstellungen unzureichend wären. Für die Bereitstellung des entsprechenden Eigenkapitals wird eine angemessene Verzinsung angestrebt.

Für die Solvabilität der RWSt wurden alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. Der Bedeckungssatz für 2011 betrug 190,1% (Vorjahr 199,8%). Die zur Bedeckung vorhandenen Eigenmittel beliefen sich 2011 auf 13,0 Mio. Euro (2010: 12,7 Mio. Euro).

Zur Vorbereitung auf Solvency II und zur Umsetzung der sich hieraus ergebenden Anforderungen hat die AXA Gruppe ein Projekt gestartet.

Ziel der Solvency II Richtlinie der EU-Kommission ist es, das Versicherungsaufsichtsrecht auf europäischer Ebene neu und einheitlich zu regeln. Hierzu gehört zum einen die Neuregelung der Solvenzanforderungen auf Basis risikoorientierter Kapitalmodelle (Säule I). Zum anderen wird ein prinzipienbasierter Anforderungskatalog an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen definiert, so dass die neuen Regelungen zur risikobasierten Eigenmittelvorschrift durch qualitative Anforderungen ergänzt werden (Säule II). Darüber hinaus werden Veröffentlichungspflichten definiert (Säule III). Die Solvency II Regelungen wurden im EU-Parlament im Jahr 2009 verabschiedet. Der Solvency II – Richtlinie vorgreifend, wurde die nationale Umsetzung von Solvency II bereits durch die zum Jahresbeginn 2008 in Kraft getretene VAG-Novelle (§ 64a VAG und § 55c VAG) sowie das BaFin-Rundschreiben 3/2009 (VA) - Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) begonnen (VAG = Versicherungsaufsichtsgesetz). Dem folgten mit § 64b VAG und der VersVergV weitere Ergänzungen in 2010.

Ungeachtet dessen, dass Änderungen der Solvency II – Rahmenrichtlinie für das erste Halbjahr 2012 durch die Omnibus II Richtlinie erwartet werden, wurde in der zweiten Jahreshälfte 2011 die nationale Umsetzung weiter vorangetrieben (10. VAG Novelle).

Innerhalb von § 64a VAG werden die Komponenten eines angemessenen Risikomanagements definiert. Das Rundschreiben „Mindestanforderungen an das Risikomanagement VA (MaRisk VA)“ der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) stellt die Durchführungsverordnung des § 64a VAG dar. Mit dem Inkraftsetzen des § 55c VAG haben Versicherungsunternehmen den an den Vorstand gerichteten Risikobericht in gleicher Form und mit gleichem Inhalt der Aufsichtsbehörde vorzulegen. § 64b VAG

sowie die VersvergV definieren Anforderungen an die Vergütungssysteme von Versicherungsunternehmen.

Die Solvency II Regelungen werden voraussichtlich zum Jahresbeginn 2013 in Kraft treten. Bis dahin müssen die Vorgaben der Richtlinie in nationales Recht umgesetzt werden. Für die vollumfängliche verbindliche Anwendung wird für die Versicherer voraussichtlich eine Frist bis zum 1. Januar 2014 eingeräumt werden.

Derzeit entwickelt die AXA Gruppe ein Modell der ökonomischen Risikokapitalberechnung, das voraussichtlich unter Solvency II als internes Modell dienen wird. Neben den Anforderungen aus Säule I bereitet sich AXA Deutschland derzeit ebenfalls intensiv auf die Anforderungen aus Säule II und Säule III vor.

Die RWSt hat in 2011 zur unternehmenseigenen Steuerung zusätzlich ein Projekt zu Solvency II durchgeführt. Wir sind damit in der Lage, mit einem Tool basierend auf dem Standardmodell des GdV künftig unsere Solvabilität nach Solvency II zu berechnen und nachzuweisen. Aufgrund dabei durchgeführter Untersuchungen haben wir zudem wichtige Erkenntnisse für die Erhaltung unserer traditionell hervorragenden Solvabilität gewonnen.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Zum jetzigen Zeitpunkt sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der RWSt gefährden. Die Solvabilität 2011 zeigt gemäß der Berechnung wiederum eine deutliche Überdeckung. Ein in der Zukunft möglicherweise auszuweisender Fehlbetrag würde von der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH im Rahmen des Gewinnabführungsvertrages ausgeglichen.

Nachtragsbericht

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2011 sind bei der RWSt keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben.

Ausblick und Chancen des Unternehmens

Das aktuelle Marktumfeld ist sehr heterogen. Einerseits führt die europäische Staatsschuldenkrise wieder zu einer erhöhten Unsicherheit an den Finanzmärkten. Es wird eine klare Richtungsentscheidung für die Zukunft gefordert, damit eine Stabilität wieder hergestellt wird und eine Entspannung der Finanzmarktlage erfolgen kann. Bezüglich der weiteren Konjunktorentwicklung wird derzeit jedoch noch von einer Seitwärtsentwicklung im Winterhalbjahr und einen nachfolgenden erneuten Anstieg ausgegangen. Eine Stabilisierung der Finanzmärkte wird langfristig auch die wirtschaftliche Lage der Privathaushalte, das Konsumverhalten und die Vorsorgebereitschaft positiv beeinflussen. Die positive Beurteilung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Wirtschaft geben auch der RWSt weitere Impulse für die Fortsetzung unseres Wachstumskurses.

Unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung, wird die anhaltende Diskussion zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme die Nachfrage nach zusätzlicher privater Vorsorge weiter verstärken. Das Bewusstsein vieler Verbraucher wächst weiter, dass aufgrund des Wegfalls von Sterbegeldleistungen der gesetzlichen Krankenkassen bzw. aus der Beihilfe für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes eine Versorgungslücke entsteht und diese Lücke sinnvoll durch die private Sterbegeldversicherung geschlossen werden kann.

Durch die sehr gute Marktpositionierung unseres Sterbegeldtarifs haben wir die Voraussetzungen für eine weiterhin günstige Entwicklung auch in den nächsten Jahren geschaffen. Da die Absenkung des Rechnungszinses auf 1,75 % per 01.01.2012 für Sterbekassen nicht verbindlich ist, wird der RWSt-Tarif mit dem für 2012 noch geltenden Rechnungszins von 2,25 % im Konkurrenzvergleich insbesondere mit Lebensversicherern äußerst wettbewerbsfähig sein. Auch die Überschussbeteiligung mit der Beibehaltung des Gewinnzuschlags trägt zu unserer hervorragenden Aufstellung im Markt bei.

In 2012 muss sich die gesamte Versicherungsbranche bedingt durch eine neue europäische Gesetzgebung mit der Einführung von sogenannten Unisex-Tarifen beschäftigen. Bisher wurden Tarife der Lebensversicherung geschlechtsspezifisch kalkuliert. Dies muss für Verträge, die nach dem 21.12.2012 neu abgeschlossen werden, geändert werden. Es sind dann nur noch geschlechterunabhängige Rechnungsgrundlagen zu verwenden (Unisex-Tarife). Wir sind jedoch davon überzeugt, auch

nach dieser Tariferneuerung ein bedarfsgerechtes Produkt mit einer guten Marktpositionierung darstellen zu können.

Darüberhinaus wird sich voraussichtlich im Jahr 2012 konkretisieren, wie die Anforderungen aus Solvency II auch die Sterbekassen betreffen werden, und ob die Solvency II - Anforderungen bereits wie ursprünglich vorgesehen ab dem 1.1.2013 oder erst ab einem späteren Termin zu erfüllen sind.

Die Einbindung der RWSt in die AXA Gruppe sichert langfristig die Voraussetzungen für eine positive Entwicklung insbesondere auch in vertrieblicher Hinsicht. Das Sterbegeldprodukt der RWSt ist bei den Vertrieben des AXA Konzerns inzwischen flächendeckend positiv angenommen worden und bietet eine hervorragende Basis für die zukünftigen erfolgreichen Vertriebsaktivitäten in allen Vertriebskanälen. In ausgesuchten Altersgruppen werden auch gezielte Direktmailingaktionen organisatorisch unterstützt.

Wir haben somit die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Bestands- und Beitragswachstum in 2012 geschaffen. Auch im Jahr 2012 werden wir weiter daran arbeiten, diese sehr gute Positionierung der RWSt beizubehalten. Wir werden auch weiterhin unsere auf ertragsreiches Wachstum ausgerichtete Politik fortsetzen. Zugleich werden wir mit dem konzernweiten Programm zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit die Effizienz unserer Prozesse und Qualität unseres Kundenservice nachhaltig verbessern.

Nachdem die Kapitalmarktentwicklung mit stark sinkenden Zinsen im Laufe des Jahres zu einer Erhöhung der stillen Reserven und einem Anstieg der Auszahlungen an Kunden aus der Beteiligung an Bewertungsreserven führte, könnte ein stärkerer Zinsanstieg in den nächsten Jahren zu höheren stillen Lasten führen. Andererseits wird bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase die Neu- und Wiederanlage der Kapitalanlagen erschwert. Während die Kapitalanlagen der RWSt durch den Einnahmeüberschuss voraussichtlich weiter ansteigen werden, ist davon auszugehen, dass die Nettoendite aufgrund der Entwicklung am Kapitalmarkt weiterhin eher leicht rückläufig sein wird und die gesamten Kapitalerträge auch bei steigenden Kapitalanlage nur langsam steigen werden.

Insgesamt erwarten wir für die RWSt eine positive Geschäftsentwicklung für das Geschäftsjahr 2012 und die Folgejahre mit Steigerungen bei Bestand und Beiträgen und für die Zukunft weiterhin positive und leicht steigende Ergebnisse.

Von uns betriebene Versicherungsarten

Die einzige von der RWSt betriebene Versicherungsart ist die Sterbegeldversicherung.

Für Tarife, die unterschiedliche Prämien oder Leistungen für Männer und Frauen vorsehen, erfolgt die Kalkulation nach von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) anerkannten statistischen und versicherungsmathematischen Daten. Ausführlichere Informationen dazu finden Sie auf der Internetseite www.axa.de. Zu dem EuGH-Urteil vom 01.03.2011 zu geschlechtsspezifischen Versicherungstarifen wird auf den Abschnitt „Risiken der zukünftigen Entwicklung“ in diesem Geschäftsbericht verwiesen.

Zugehörigkeit zu Verbänden

Die RWSt gehört keinem Verband an.

Ergebnisabführung und Gewinnverwendungsvorschlag

Ergebnisabführung

Der im Geschäftsjahr 2011 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 180.000 EUR wurde aufgrund des im November 2009 geschlossenen Gewinnabführungsvertrages an die AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, als Rechtsnachfolgerin der WinCom Versicherungs-Holding AG, Köln, abgeführt.

Gewinnverwendungsvorschlag

Aus dem Berichtsjahr besteht noch ein Bilanzgewinn in Form eines Gewinnvortrags in Höhe von 90.000 Euro. Wir schlagen der Hauptversammlung vor, diesen Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva	€	€	€	2011 €	2010 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände:					
Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				20.758,00	33.182,00
B. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			334.000,00		345.200,00
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				43.024.368,32	39.956.100,88
2. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	25.000.000,00				25.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.253.461,21				73.100.000,00
c) übrige Ausleihungen	<u>8.000.000,00</u>	116.253.461,21			8.000.000,00
3. Einlagen bei Kreditinstituten		<u>1.340.000,00</u>	160.617.829,53	160.951.829,53	2.250.000,00
C. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche		59.586,75			67.691,24
b) noch nicht fällige Ansprüche		<u>1.693.286,26</u>	1.752.873,01		1.314.104,72
II. Sonstige Forderungen			<u>403.705,93</u>	2.156.578,94	101.421,80
davon an verbundene Unternehmen: 349.476,98 € (Vorjahr: 60.629,22 €)					
D. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			32.054,00		37.912,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			<u>233.007,41</u>	265.061,41	258.660,37
E. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			3.324.874,04		3.062.911,07
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			<u>87.847,34</u>	3.412.721,38	363.971,73
				<u>166.806.949,26</u>	<u>153.891.155,81</u>

Passiva	€	€	2011 €	2010 €
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00			6.000.000,00
./. nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-3.500.000,00	2.500.000,00		-3.500.000,00
II. Kapitalrücklage		600.000,00		600.000,00
III. Bilanzgewinn		<u>90.000,00</u>	3.190.000,00	90.000,00
davon Gewinnvortrag 90.000,00 € (Vorjahr: 90.000,00 €)				
B. Nachrangige Verbindlichkeiten			2.000.000,00	2.000.000,00
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		269.055,69		271.914,48
II. Deckungsrückstellung		146.565.218,08		135.169.042,91
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		457.562,96		440.951,52
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		<u>13.645.717,47</u>	160.937.554,20	12.102.109,04
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		211.831,00		209.906,00
II. Steuerrückstellungen		0,00		0,00
III. Sonstige Rückstellungen		<u>127.000,00</u>	338.831,00	95.600,00
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abge- schlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern		119.413,82		90.257,99
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>217.663,93</u>	337.077,75	257.008,78
davon:				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 8.649,62 (Vorjahr: EUR 9.203,96)				
gegenüber verbundenen Unternehmen: EUR 200.694,89 (Vorjahr: EUR 222.326,62)				
aus Steuern: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 101.673,73)				
F. Rechnungsabgrenzungsposten			3.486,31	64.365,09
			<u>166.806.949,26</u>	<u>153.891.155,81</u>

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Verzeichnis des Sicherungsvermögens aufgeführten Vermögensanlagen gemäß den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt sind.

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Essen, den 04. April 2012

Essen, den 04. April 2012

D u s c h a
Treuhandler

M e n g e s
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011

	€	€	2011 €	2010 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f.e.R.)				
a) Gebuchte Bruttobeiträge		17.834.840,99		17.028.439,10
b) Veränderung der Beitragsüberträge		<u>2.858,79</u>	17.837.699,78	-5.954,98
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung			1.646.614,87	1.145.048,76
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	47.713,54			54.662,14
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>6.142.706,95</u>	6.190.420,49		5.905.966,14
c) Erträge aus Zuschreibungen		0,00		141.819,30
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>0,00</u>	6.190.420,49	21.460,00
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge f.e.R.			386.934,09	620.693,82
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		9.270.968,41		8.236.835,56
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		<u>16.611,44</u>	9.287.579,85	90.153,95
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen				
Deckungsrückstellung			11.396.175,17	11.165.657,44
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen f.e.R.			4.621.389,30	3.106.871,05
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R.				
a) Abschlussaufwendungen		900.039,96		948.263,16
b) Verwaltungsaufwendungen		<u>457.873,55</u>	1.357.913,51	509.982,60
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		237.374,47		207.838,51
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		11.200,00		172.574,30
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>0,00</u>	248.574,47	117.577,62
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f.e.R.			12.809,29	14.199,87
11. Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.			<u>-862.772,36</u>	<u>342.180,22</u>
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		359.826,81		22.076,26
2. Sonstige Aufwendungen		<u>211.961,43</u>	147.865,38	237.064,74
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			<u>-714.906,98</u>	<u>127.191,74</u>
4. außerordentlicher Aufwand		<u>1.645,00</u>		1.645,00
5. außerordentliches Ergebnis			-1.645,00	-1.645,00
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-899.380,50		22.718,22
7. Sonstige Steuern		<u>2.828,52</u>	-896.551,98	2.828,52
8. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			180.000,00	100.000,00
9. Jahresüberschuss			0,00	0,00
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			90.000,00	90.000,00
11. Bilanzgewinn			<u>90.000,00</u>	<u>90.000,00</u>

Anhang

Allgemeines

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 wurden nach den für Versicherungsunternehmen geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Die Bewertung der **immateriellen Vermögensgegenstände** erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und mit den steuerlich zulässigen Sätzen abgeschrieben. Die steuerliche Nutzungsdauer entsprach dabei der handelsrechtlich maßgeblichen wirtschaftlichen Abnutzung. Bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung wurde eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet waren, wurden entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Agio- und Disagioträge wurden planmäßig über die Laufzeit erfolgswirksam erfasst.

Die dauerhafte Wertminderung eines Wertpapiers wurde angenommen, wenn der Zeitwert des Wertpapiers einen Werteverfall aufgrund einer wesentlichen Verschlechterung des Ratings / der Bonität eines Emittenten aufzeigte und aus diesem Grund von einem (Teil-) Ausfall des Schuldtitels ausgegangen wurde.

Ein niedrigerer Wertansatz aus der Vergangenheit wurde auf die Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Wert zugeschrieben, sofern die Gründe für eine vorgenommene Abschreibung nicht mehr existierten.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem Umlaufvermögen zugeordnet waren, wurden mit den Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Marktwerten bilanziert. Ein niedrigerer Wertansatz aus der Vergangenheit wurde auf die Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren Marktwert zugeschrieben, sofern die Gründe für eine vorgenommene Abschreibung nicht mehr existierten.

Namenschuldverschreibungen wurden mit dem Nennbetrag bilanziert, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagioträge wurden aktivisch und passivisch abgegrenzt und planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden mit den Anschaffungskosten bilanziert, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagioträge wurden planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

Die **übrigen Ausleihungen** wurden mit dem Nennbetrag, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen angesetzt.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** wurden mit den Nennbeträgen angesetzt.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden mit den Nennbeträgen bilanziert, vermindert um vorzunehmende Einzelwertberichtigungen sowie Pauschalwertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten.

Die **sonstige Forderungen** wurden mit dem Nennbetrag aktiviert.

Die **Betriebs- und Geschäftsausstattung** wurde zu Anschaffungskosten bewertet vermindert um lineare Abschreibungen. Die Nutzungsdauer wurde mit 3 bis 13 Jahren angenommen.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand wurden mit dem Nennbetrag in Ansatz gebracht..

Rechnungsabgrenzungsposten wurden zum Nennwert angesetzt.

Da eine ertragsteuerliche Organschaft mit der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln (AmbH) besteht, werden die **latenten Steuern** der Gesellschaft bei dem Organträger AmbH ausgewiesen.

Passiva

Beitragsüberträge wurden für jede einzelne Versicherung unter Zugrundelegung des tatsächlichen Beginns der Versicherungsperiode berechnet. Bei der Ermittlung der übertragsfähigen Beitragsteile wurde der koordinierte Ländererlass vom 20. Mai 1974 beachtet.

Die **Deckungsrückstellung** wurde gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung für jede einzelne Versicherung nach dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten ermittelt. Hierbei wurden folgende Rechnungsgrundlagen verwendet: ein Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % bzw. 2,25 %, die Sterbetafel 1994T (Frauen/Männer), eine Zillmerung von maximal 30 ‰ der Versicherungssumme, ein System beitrags- und summenabhängiger Kostenzuschläge sowie für beitragsfreie Jahre Kostenzuschläge, die in der Deckungsrückstellung enthalten sind. Für die den Versicherten im Rahmen des Bonussystems zugewiesenen Überschussanteile wurden nach dem genehmigten Geschäftsplan Deckungsrückstellungen nach den obigen Rechnungsgrundlagen gebildet.

Die in Einzelreservierung gebildete **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** enthält die voraussichtlichen Leistungen für die zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung gemeldeten, aber noch nicht ausgezahlten Versicherungsfälle.

Bei der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** handelt es sich um Beträge, die vertraglich für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer bestimmt, aber den einzelnen Versicherungsverträgen noch nicht zugeteilt worden sind.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** für leistungsorientierte Pensionszusagen erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) unter Berücksichtigung aktueller Sterblichkeits- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, zukünftiger Gehalts- und Lohnsteigerungen und Rententrendannahmen sowie eines durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre vorgegeben durch die deutsche Bundesbank. Dabei wird eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Als Rechnungsgrundlage für die Sterblichkeits- und Invalidisierungsannahmen dienen die Richttafeln 2005 G der Heubeck-Richttafeln GmbH. Der sich aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ab 01.01.2010 geänderten Bewertung der laufenden Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen ergebende Zuführungsbetrag zu den Rückstellungen wird jährlich gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB mit einem Fünftel angesammelt. Die Anpassungen aus der jährlichen Überprüfung der versicherungsmathematischen Annahmen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

Der Wertansatz der **Steuerrückstellungen** und der **sonstigen Rückstellungen** erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages, der zukünftig erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Da alle sonstigen Rückstellungen eine Laufzeit von bis zu einem Jahr hatten, erfolgte keine Abzinsung.

Rechnungsabgrenzungsposten wurden zum Nennwert angesetzt.

Alle **anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge und Aufwendungen wurden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

Zeitwerte der Kapitalanlagen

Die Offenlegung von Zeitwerten der Kapitalanlagen erfolgte entsprechend den Vorschriften §§ 54 ff. der RechVersV. Die Angaben wurden zum Bilanzstichtag erstellt.

Die beizulegenden Zeitwerte für **Grundstücke**, ihre Bestandteile und ihres Zubehörs sowie für **grundstücksgleiche Rechte**, Rechte an diesen und **Rechte an Grundstücken** wurden nach der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) vom 19. Mai 2010 (BGBl. I S. 239) ermittelt, die die WertV zum 01. Juli 2010 abgelöst hat.

Als beizulegende Zeitwerte für **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden im Wesentlichen die Börsenkurse per 31. Dezember 2011 angesetzt. Die beizulegenden Zeitwerte der Wertpapiere ohne Börsennotierung wurden auf Grundlage von Discounted-Cash-Flow - Methoden ermittelt.

Die beizulegenden Zeitwerte für **Schuldscheindarlehen und Namenspapiere, sonstige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen** wurden anhand der Zinskurve sowie anhand von bonitäts- und laufszeitspezifischen Risikozuschlägen per 31. Dezember 2011 ermittelt.

Die beizulegenden Zeitwerte der **Einlagen bei Kreditinstituten** entsprachen aufgrund des kurzfristigen Charakters den Buchwerten.

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis II im Geschäftsjahr 2011

Aktivposten

Aktivposten jahr	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts-
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	33	-	-	-	-	12	21
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	345	-	-	-	-	11	334
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	39.956	5.816	-	2.747	-	-	43.024
2. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	25.000	-	-	-	-	-	25.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	73.100	10.623	-	469	-	-	83.253
c) übrige Ausleihungen	8.000	-	-	-	-	-	8.000
3. Einlagen bei Kreditinstituten	2.250	-	-	910	-	-	1.340
5. Summe B II.	148.306	16.439	-	4.126	-	-	160.617
Insgesamt	148.684	16.439	-	4.126	-	23	160.972

Im Zuge der Änderung des § 341 c HGB wurde eine Anpassung der Bilanzwerte zum 01. Januar 2011 vorgenommen. Die Anpassung der sonstigen Ausleihungen wurde in Höhe von 263.177,62 Euro unter den Zugängen sowie in Höhe von 60.584,73 Euro unter den Abgängen berücksichtigt. Die veränderten Vorgehensweisen sind in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben.

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Hierunter wurde die entgeltlich erworbene EDV-Software mit den Anschaffungskosten, vermindert um die Abschreibung entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, ausgewiesen.

B. Kapitalanlagen

I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Ausgewiesen wurde der Buchwert des überwiegend gewerblich genutzten Grundstückes mit Gebäude in Essen, Lindenallee 72/74, Vereinstraße.

Auf die eigenbetrieblich genutzte Fläche von ca. 45 % der gesamten Nutzfläche entfiel ein anteiliger Buchwert in Höhe von rund 150 Tsd. Euro.

II. Sonstige Kapitalanlagen

1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Es handelte sich hierbei um Inhaberschuldverschreibungen sowie um Anleihen, Kommunalobligationen, Pfandbriefe und sonstige Schuldverschreibungen. Die hier ausgewiesenen Kapitalanlagen waren überwiegend dem Anlagevermögen zugeordnet. Bei über pari erworbenen Titeln wurde auf den Zeitwert abgeschrieben, soweit dieser den Nominalwert nicht unterschritten hatte. Darüber hinaus wurde von dem gemilderten Niederstwertprinzip Gebrauch gemacht. Daraus resultierten stille Lasten nach § 341b HGB in Höhe von 2.198 Tsd. Euro.

2. Sonstige Ausleihungen

Im Geschäftsjahr wurde ein Schuldscheindarlehen der Republik Österreich und je ein Schuldscheindarlehen des Bundes sowie eines Bundeslandes erworben.

3. Einlagen bei Kreditinstituten

Hier handelte es sich um Tagesgelder bei der National-Bank AG und der Sparkasse in Essen.

Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken, Zinsrisiken und Börsen-, Marktpreis- oder sonstigen Preisschwankungen wurden im Geschäftsjahr nicht eingesetzt.

Zeitwerte der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2011 gem. § 54 RechVersV

in Tsd. Euro

	Bilanz- werte 2011	Zeitwerte 2011			Bilanz- werte 2010	Zeitwerte 2010		
		Zu An- schaffungs- kosten bilanziert	Zum Nenn- wert bilanziert	Summe		Zu Anschaf- fungs- kosten bilanziert	Zum Nenn- wert bilanziert	Summe
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	334	374	0	374	345	374	0	374
B.II. Sonstige Kapitalanlagen								
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	43.024	42.500	0	42.500	39.956	39.169	0	39.169
2. Sonstige Ausleihungen	116.253	89.217	32.072	121.289	106.100	0	105.897	105.897
3. Einlagen bei Kreditinstituten	1.340	0	1.340	1.340	2.250	0	2.250	2.250
4. Summe B.II.	160.618	131.717	33.412	165.129	148.306	39.169	108.146	147.315
Summe B. Kapitalanlagen	160.952	132.091	33.412	165.502	148.651	39.543	108.146	147.690
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert				4.550				-961
Agien und Disagien	82				295			
Summe Kapitalanlagen inkl. Agien und Disagien	161.034	132.091	33.412	165.502	148.946	39.543	108.146	147.690
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert inkl. Agien und Disagien				4.468				-1.257

Zuordnung von Kapitalanlagen zum Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB

Auf der Grundlage nachfolgender Darstellungen nimmt die RWSt die Möglichkeit des § 341b Abs. 2 HGB in Anspruch, Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zuzuordnen, da sie dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

- Im Geschäftsjahr 2011 wurden Kapitalanlagen mit einem Buchwert von 43.024 Tsd. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. (2010: 39.956 Tsd. Euro). Dies entspricht einem Anteil von 26,73 % (2010: 26,88 %) an den gesamten Kapitalanlagen.
- Grundlage für die Bestimmung:
Die Bestimmung, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wird aus folgenden Indikatoren abgeleitet:
 - Die RWSt ist in der Lage, die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen so zu verwenden, dass sie dauernd dem Geschäftsbetrieb dienen können.
 - Aufgrund der laufenden Liquiditätsplanung besitzt die RWSt die Fähigkeit zur Daueranlage der betreffenden Kapitalanlagen.
 - Die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden in der Buchhaltung jeweils auf gesonderten Konten von den anderen Wertpapieren getrennt erfasst. Eine depotgemäße Trennung von Anlage- und Umlaufvermögen ist gewährleistet.
- Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden Abschreibungen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gemäß § 341b HGB vorgenommen.

Hieraus ergab sich keine Notwendigkeit für außerplanmäßige Abschreibungen.

Zum 31. Dezember 2011 wurden dem Anlagevermögen Kapitalanlagen zugeordnet, bei denen stille Lasten in Höhe von 2.198 Tsd. Euro vorlagen. Ausfallrisiken waren nicht erkennbar. Wir gehen von einer vollständigen Rückzahlung der entsprechenden Papiere aus.

C. Forderungen

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:

Versicherungsnehmer

a) fällige Ansprüche

Es handelte sich um rückständige Beiträge.

b) noch nicht fällige Ansprüche

durch Zillmerung entstandene, noch nicht getilgte Abschlusskosten gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung zum 31.12. des Geschäftsjahres

abzüglich Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 %

Stand 31. Dezember

	2011 Euro	2010 Euro
durch Zillmerung entstandene, noch nicht getilgte Abschlusskosten gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung zum 31.12. des Geschäftsjahres	1.727.843,12	1.340.923,18
abzüglich Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 %	- 34.556,86	-26.818,46
Stand 31. Dezember	1.693.286,26	1.314.104,72

II. Sonstige Forderungen

Aufgrund des bestehenden ertragsteuerlichen Organschaftsverhältnisses mit der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH sind in den sonstigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Ertragsteuern in Höhe von 347 Tsd. Euro aus dem Jahr 2011 enthalten.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

I. Sachanlagen und Vorräte

Unter dieser Position wurde ausschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die Geldkonten wurden bei der Commerzbank AG, der Sparkasse Essen, der National-Bank AG und der Postbank in Essen geführt.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände hatten eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Hierbei handelte es sich ausschließlich um noch nicht fällige Zinsen aus Wertpapieren.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelte sich um Agien auf erworbene Namenspfandbriefe und Namensgenussscheine, die auf die Darlehenszeit verteilt wurden, und um voraus gezahlte Versicherungsprämien. Der Rückgang der sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten resultiert hauptsächlich aus den im Berichtsjahr planmäßig aufgelösten Agien aus Namensschuldverschreibungen sowie aus der geänderten Bilanzierung bei Schuldscheinforderungen gemäß § 341b Abs. 1 HGB i.V.m. § 341c Abs. 3 HGB.

Passiva

A. Eigenkapital

- I. Das Grundkapital beträgt 6 Mio. Euro und ist in 6 Mio. Aktien im Nennbetrag von je 1 Euro eingeteilt. Die AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, als Rechtsnachfolgerin der WinCom Versicherungs-Holding AG, Köln, hielt zum 31.12.2011 das gezeichnete Kapital der Gesellschaft zu 100 % und war damit die alleinige Aktionärin der Gesellschaft.

B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die AXA Konzern AG hat der RWSt im Jahr 2008 ein Nachrangdarlehen in Höhe von 2,0 Mio. € gewährt, das erstmals zum 15. Dezember 2015 zurückgezahlt werden kann.

C. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge wurden um den Inkassozuschlag von 3 % vermindert.

II. Deckungsrückstellung

	2011 Euro	2010 Euro
Stand 1. Januar	135.169.042,91	124.003.385,47
Zuführung gemäß versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12. des Geschäftsjahres	11.396.175,17	11.165.657,44
Stand 31. Dezember	146.565.218,08	135.169.042,91

Hierin enthalten ist eine Zusatzdeckungsrückstellung zum Tarif 40 in Höhe von 1.410.735,43 Euro (Vorjahr: 650.339,11 Euro).

Im Hinblick auf die langfristige Entwicklung an den Kapitalmärkten wurde der Rechnungszins für die Berechnung der Deckungsrückstellung des Altbestands von 3,35 % auf 3,25 % mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gesenkt. Die Stärkung der Deckungsrückstellung um den Betrag von 1.552.951,53 Euro wurde aus dem Geschäftsergebnis finanziert und ist in dem oben genannten Zuführungsbetrag enthalten.

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

	2011 Euro	2010 Euro
Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle	98.576,10	93.023,18
Spätschadenrückstellung	350.186,86	339.128,34
Regulierungsaufwendungen	8.800,00	8.800,00
	457.562,96	440.951,52

Die Rückstellung für bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung eingetretene und bekannt gewordene, aber noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Austritte wurde für jede einzelne Versicherung ermittelt.

Für die nach dem Tag der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versicherungsfälle, die bis zum Abschlussstichtag eingetreten sind, ist eine Spätschadenrückstellung in Höhe des risikierten Kapitals gebildet worden. Diese Rückstellung ist auf Grund von Erfahrungssätzen für schon eingetretene Versicherungsfälle, die erst nach dem Abschlussstichtag gemeldet werden, erhöht worden.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen ist enthalten.

IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2011 Euro	2010 Euro
Stand 1. Januar	12.102.109,04	11.505.045,75
Entnahmen für Gewinnzuschläge in Leistungsfällen	-1.431.166,00	-1.364.759,00
Entnahmen für Leistungserhöhungen	-1.646.614,87	-1.145.048,76
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	4.621.389,30	3.106.871,05
Stand 31. Dezember	13.645.717,47	12.102.109,04

Davon entfielen zum Ende des Berichtsjahres

	Euro
a) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile (für Gewinnzuschläge im Leistungsfall)	2.994.428,18
b) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	-
c) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	-
d) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	-
e) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe a	-
f) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b und e	-
g) auf den Teil des Schlussüberschussanteilsfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	-
h) freie RfB	10.651.289,29

D. Andere Rückstellungen

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die Pensionszusagen, die im Allgemeinen auf Dienstzeit und Entgelt der Mitarbeiter basieren und als unmittelbare Pensionszusagen erteilt wurden, wurden Pensionsrückstellungen gebildet; Deckungsvermögen im Sinne von § 246 Abs. 2 HGB war nicht vorhanden.

Gemäß Übergangsregelung des Art. 67 Abs. 1 Satz 1 und Absatz 2 EGHGB, die für die erstmalige Anwendung der BilMoG Vorschriften in Bezug auf Pensionsrückstellungen gilt, bestand ein noch nicht ausgewiesener Zuführungsbetrag in Höhe von 21.385 Euro.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden folgende Berechnungsfaktoren angewandt:

	2011	2010
Rechnungszins	5,13 %	5,16 %
Renten Anpassung	2,0 %	2,0 %
Gehaltsdynamik	2,5 %	2,5 %

III. Sonstige Rückstellungen

	2011 Euro	2010 Euro
Kosten für die Jahresabschlussprüfung	31.000,00	45.000,00
Depotgebühren	25.000,00	30.000,00
Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen	50.000,00	15.000,00
Prozesskosten	-	3.600,00
Beitrag zur Berufsgenossenschaft	2.000,00	2.000,00
Vergütung Vorstände	18.000,00	-
Veröffentlichung GB 2011	1000,00	-
	127.000,00	95.600,00

Die Restlaufzeit aller sonstigen Rückstellungen lag unter einem Jahr.

